



borderline-europe e.V., Gneisenastr. 2 a, 10961 Berlin

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Gneisenastr. 2 a
10961 Berlin
Tel.: +49-(0)176-4202 76 55
mail@borderline-europe.de

Außenstelle Sizilien
Corso Vittorio Emanuele 35
90133 Palermo
Tel.: +39 340 980 21 96
jg@borderline-europe.de

Palermo/Berlin, 16.12.2013

Liebe Freundinnen und Freunde,

Das Jahr 2013 geht seinem Ende entgegen. Wir möchten diesen Moment nutzen und einige Eindrücke unserer Arbeit in den letzten Monaten hier mit Ihnen teilen. Wir danken Ihnen für Ihre bisherige Unterstützung und verbinden unseren jährlichen Aufruf, [borderline-europe](#) (auch weiterhin) zu unterstützen mit einem Winter-Newsletter, um Sie über unsere neuesten Aktivitäten zu informieren (*sehen Sie unter „Hintergrund“ auf unserer Seite auch unseren letzten newsletter von August 2013 sowie unseren Jahresbericht von 2012 unter den „Berichte und Bücher“*).

Das Massensterben wird kein Ende finden, solange Flüchtlinge als Sicherheitsproblem gelten!

Die Tragödie des 3. Oktober vor Lampedusa hat die Diskussion um die Sicherung der Grenzen neu entfacht. Mit dem Deckmantel der „humanitären Rettungsaktion“ ist hat die Europäische Kommission eine Task Force Gruppe für das Mittelmeer aktiviert, die nun den Ausbau von Frontex befördert („von Zypern bis Spanien“) und allein dafür 14 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Ab Frühjahr 2014 soll der Frontexausbau auch auf andere Grenzgebiete ausgeweitet werden. EUROSUR, das Überwachungssystem mit Satelliten, Drohnen und sonstiger Technik, dient angeblich dazu, Flüchtlinge von der gefährlichen Überfahrt abzuhalten. 250 Millionen Euro wird es dafür geben. Dennoch wird das Massensterben an den EU-Außengrenzen kein Ende finden, denn die Flüchtlinge werden sich andere Routen suchen müssen. Fluchtgründe lösen sich nicht im Radar von EUROSUR auf.

Diese Maßnahmen dienen gemeinsamen und effizienteren Aktionen der Mitgliedstaaten, die auf den Prinzipien der Prävention, des Schutzes und der Solidarität beruhen, heißt es. Doch Flüchtlinge sind in den Augen der europäischen Politiker ein Sicherheitsproblem! Wie wenig diese ganzen

Maßnahmen mit humanitären Einsätzen zu tun haben zeigt sich auch in den Zurückweisungen auf See Ende November und Anfang Dezember (9.12.) von Flüchtlingsbooten nach Libyen. Die Europäische Union macht Verträge mit Ländern wie Libyen, die nicht einmal eine funktionierende Regierung haben, deren Ministerpräsidenten einfach gekidnappt werden und deren Milizen ihr Unwesen in allen Städten außerhalb Tripolis' treiben können. Die am 9.12. vom libyschen Militär abgefangenen Flüchtlinge sitzen nur dort in Haft. Libyen handelt im Auftrag Europas, und in Europa herrscht das non-refoulement-, das Zurückweisungsverbot in Länder, in denen Gefahr für Leib und Leben droht. Doch wenn es um Flüchtlinge geht scheint jeder Hafen ein sicherer zu sein, wichtig nur, dass sie Europa nicht erreichen.

Die Arbeit von [borderline-europe](#) unterstützen!

Im Verbund mit nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen arbeitet [borderline-europe](#) seit 2007 gegen die weitere Vertuschung dieses europäischen Menschenrechtsskandals. Mit Hilfe von Publikationen, Vorträgen, Bildungs- und Medienarbeit wird das wahre Gesicht dieser menschenfeindlichen europäischen Politik aufgezeigt und erläutert. Wichtig ist es daher, vor allem vor Ort in den Grenzregionen fundierte Informationen zu gewinnen, um Politiker, Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit umfassend, kompetent, aber auch schonungslos mit dem Geschehen vor den Mauern der „Festung Europa“ zu konfrontieren.

Doch dafür brauchen wir SIE!

Neben der Einrichtung und Unterhaltung von eigenen Büros in den Grenzregionen (Sizilien, Österreich/Ungarn/Slowakei), ist vor allem die Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit, die aus diesen Büros geleistet wird, wichtig. Der ständige Ausbau der Internet-Informationenplattform www.borderline-europe.de bringt Ihnen aktuelle Meldungen und Hintergrundinformationen. **All diese Aktivitäten werden durch Spenden finanziert und können nur durch diese aufrecht erhalten und ausgebaut werden! Ohne Ihre Unterstützung ist diese Arbeit nicht möglich! Besuchen Sie unsere Homepage und lesen Sie unseren Jahresbericht 2012.**

Unterstützen Sie die Arbeit von [borderline-europe](#) mit einer Spende und/oder werden Sie selbst Fördermitglied! Nur gemeinsam können wir dem (un-)heimlichen Krieg gegen Flüchtlinge an unseren Grenzen entgegentreten. Denn: Europa, das sind wir alle!

Mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen für einen guten Start in das Jahr 2014,

gez. Elias Bierdel
(Vorstand)

gez. Stefan Schmidt
(Gründungsmitglied u. Kapitän zur See)

gez. Judith Gleitze
(Kordinatorin u. Leiterin Außenstelle
Sizilien)

Das Schiffsunglück vom 3. Oktober vor Lampedusa

366 Menschen verlieren ihr Leben, nur 155 überleben den Brand auf dem Flüchtlingsboot, das nicht einmal einen Kilometer entfernt vor der Insel untergeht. In Palermo (Außenstelle Italien von [borderline-europe](#)), hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die versucht, den Verwandten der Opfer im bürokratischen Dschungel zu helfen. Es sind mehr als zwei Monate vergangen, noch immer gibt es keinerlei Antworten. Viele Betroffene sind nach Sizilien gereist, um ihre Verwandten zu identifizieren, doch oftmals ist dies nur mit einer DNA-Analyse möglich, und auch hier bestehen sehr begrenzte Möglichkeiten, denn ein DNA-Abgleich ist nur in direktem Verwandtschaftsgrad Eltern-Kinder sicher. Doch die Behörden geben keine vernünftigen Auskünfte, Verwandte von Opfern geben viel Geld für Analysen und Reisen aus, ohne zu wissen, ob sie je eine Antwort erhalten werden. Bisher ist der italienische Staat untätig gewesen, erst Mitte Dezember 2013, mehr als zwei Monate nach dem Unglück, richtet das Rote Kreuz eine Beratungsstelle auf Sizilien ein. Niemand kann bisher sagen, ob der italienische Staat jemals eine DNA-Analyse aus den entnommenen Gewebeproben der Opfer erstellen wird. Doch genau das fordert [borderline-europe](#), um zumindest einigen Familien die Sicherheit zu geben, dass ihre Lieben hier in Sizilien auf einem Friedhof liegen. Es wird ein langer Kampf werden, den wir gemeinsam mit Familienangehörigen und Flüchtlingsgruppen ausfechten werden.

11. Oktober 2013: Kompetenzstreitigkeiten zwischen Italien und Malta führen zum Tod von mindestens 200 Flüchtlingen

Mitte November reisten Vertreterinnen von [borderline-europe](#) nach Malta, um sich dort mit maltesischen Flüchtlingsgruppen und –unterstützer/innen sowie mit Vertretern des monitoring-Projektes Watch The Med zu treffen. Am 10. Oktober war ein Boot mit ca. 480 bis 500 Menschen an Bord, fast alles syrische Flüchtlinge und unter ihnen 100-150 Kinder, aus dem Hafen Zuwarah in Libyen losgefahren. Doch ihr Boot wurde zwei Stunden nach der Abfahrt aus Libyen von libyschen Berber-Milizen (Amazigh) beschossen, was letztendlich nach 8 Stunden Weiterfahrt zum Sinken geführt hat. Man muss davon ausgehen, dass weit mehr als 200 Menschen, vor allem Kinder, dabei den Tod gefunden haben. Recherchen von Watch The Med und dem italienischen Journalisten Fabrizio Gatti haben enthüllt, dass hier schwere Fehler der Seenotrettungsbehörden vorliegen: Der Kommandant der italienischen Küstenwache hat die Notrufe der Syrer erhalten, sie jedoch an die maltesischen Kollegen weitergegeben, da sich das Boot in maltesischem Seenotrettungsgebiet befand. Faktisch lag es aber deutlich näher an Lampedusa als an Malta, zudem befand sich ein italienisches Marineschiff nur ca. eine Stunde vom Ort des Sinkens entfernt. Hätte es den Befehl frühzeitig erhalten, sich dort hin zu begeben, hätte niemand sterben müssen. Doch weder Italien noch Malta erteilen diesen Befehl, statt dessen beobachtet ein maltesisches Marineflugzeug den Untergang des Bootes und die Rettung auf See trifft erst weit nach dem

Sinken ein. Gemeinsam mit Watch The Med und Fabrizio Gatti will [borderline-europe](#) diesen unerhörten Vorfall weiter verfolgen und wenn möglich vor Gericht bringen.

Charta von Lampedusa

Lampedusa ist das Symbol der Grenze, der Toten, des Leidens. Doch nicht nur. Die Insel wurde auf diese Symbole reduziert, obwohl sie sehr wohl ein Eigenleben hat, eine eigene Geschichte, eigene Probleme, die nicht nur etwas mit Migration zu tun haben. Die Charta von Lampedusa soll ein Beginn sein, ein Basisdokument der Rechte Aller, das gemeinsam diskutiert, geschrieben und bekannt gemacht werden soll (siehe den Aufruf auf Deutsch: <http://siciliamigrants.blogspot.it/2013/10/aufruf-schreibt-mit-der-charta-von.html>). In einer Web-Konferenz, an der mehr als 60 Gruppen und Einzelpersonen teilgenommen haben, wurden Ende November die ersten Schritte diskutiert: es gibt viele Themen (von Grenzen über Aufnahme, Reisefreiheit, Bürgerrechte uvm.), die jede Gruppe/Person einbringen kann. Ein Wikiblog wird geschaffen werden und Ende Januar 2014 (31.1.-2.2.2014) wird es ein Treffen auf Lampedusa geben, um die Charta zu diskutieren. Dabei soll vor allem auch die lampedusanische Bevölkerung mit ihren Vorschlägen und Problemen mit einbezogen werden. Derzeit wird die aus Italien gestartete Initiative auch in andere europäische Länder getragen, insgesamt ist dieses „Projekt“ eine große inhaltliche und logistische Herausforderung, an der [borderline-europe](#) sich gern beteiligt. Ziel ist es, eine Kampagne zur Umsetzung der erstellten Charta zu entwickeln.

Treffen von Migreurop in Paris: „Migrant Detention in Europe and Beyond: What Perspectives?“

Am 6.12. nahm ein Vertreter von [borderline-europe](#) auf Einladung der „Open Access Now“ - Kampagne an der Konferenz „Migrant Detention in Europe and Beyond: What Perspectives?“ von Migreurop in Paris teil (s.a. <http://www.migreurop.org/article2310.html?lang=fr>). Mit der Kampagne versuchen Migreurop und viele seiner Mitgliedsorganisationen gemeinsam mit den European Alternatives seit mehreren Jahren auf die Menschenrechte verletzenden Zustände in vielen Abschiebegefängnissen hinzuweisen und als ersten Schritt wenigstens den öffentlichen Zugang für Journalisten und NGOs zu erreichen.

Neben dem Bericht über die bisherigen Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Open Access Now“, detaillierten Berichten über die Situation in den Abschiebegefängnissen in Frankreich, im Libanon, in Israel, in Tunesien und in Zypern wurde als ein nächster Schritt die „Dynamic Map of the Camps“ vorgestellt (s.a. <http://closethecamps.org/>). In dieser Map wird die ständig wachsende Zahl der Abschiebegefängnisse dargestellt, mit einer Vielzahl von Informationen, die über die Ortsnamen anklickbar sind. Diese Map soll auch kontinuierlich aktualisiert und vervollständigt werden. Sie ist ein wichtiges Werkzeug, um die Unsichtbarkeit der Abschiebeknäste sichtbar zu machen und um insbesondere auch auf den rapiden Ausbau von Abschiebeknästen hinzuweisen und soll auch im Rahmen der weiteren Kampagnenarbeit genutzt werden.

Da wir uns in unserem EU-Projekt ebenfalls sehr intensiv mit der Situation in den Abschiebegefängnissen in Italien, Spanien und Zypern, und zu einem kleinen Teil auch in

Deutschland, beschäftigen, hatte darüber ein Austausch und eine engere Kooperation mit der Migreurop-Kampagne begonnen, die jetzt über die Beteiligung an der Konferenz intensiviert worden ist.

Veranstaltungen mit Efi Latsoudi in Deutschland

Über die Grenze zwischen der Türkei und Griechenland kommen schon seit Jahren Flüchtlinge und Migranten in die EU. War noch 2011 und 2012 die Landgrenze am Evros einer der Brennpunkte, so haben sich die Migrationsrouten im Verlauf des zurückliegenden Jahres wieder mehr in die Ägäis verlagert, und hier wegen der geographischen Lage insbesondere auf die Insel Lesbos. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in Deutschland ist es auch hier zu einer Vielzahl von Todesfällen gekommen. Wie skrupellos dort mittlerweile von der Küstenwache gegen Flüchtlinge vorgegangen wird, zeigt zum Beispiel ein Beitrag von Report Mainz vom 23. Juli 2013: [http://www.swr.de/report/griechische-](http://www.swr.de/report/griechische-fluechtlingslager/-/id=233454/nid=233454/did=11587584/mpdid=11787938/1bdjshh/index.html)

[fluechtlingslager/-/id=233454/nid=233454/did=11587584/mpdid=11787938/1bdjshh/index.html](http://www.swr.de/report/griechische-fluechtlingslager/-/id=233454/nid=233454/did=11587584/mpdid=11787938/1bdjshh/index.html). Nun gibt es aber auf Lesbos auch eine Initiative aus der lokalen Bevölkerung („Village of all together“) die ein selbstorganisiertes Willkommenszentrum (PIKPA) für ankommende Flüchtlinge organisiert haben. (<http://lesvos.w2eu.net/files/2013/03/pikpa-Kopie-28-klein.pdf>)

Um hier dieses beispielhafte Solidaritätsprojekt bekannt zu machen und natürlich auch um für weitere Unterstützung für deren Arbeit zu werben, haben wir im November Efi Latsoudi aus Lesbos nach Deutschland eingeladen. Dass sie dabei dann auch aus erster Hand über die zunehmende Brutalisierung der Grenzabschottung in der Ägäis informieren würde, versteht sich von selbst. In Kooperation mit der amnesty Hochschulgruppe in Halle haben wir dort eine erste Informationsveranstaltung durchgeführt, die mit 55 Personen sehr gut besucht war und die mit einer engagierten Diskussion beendet wurde. In Berlin haben wir am 28.11. eine Info-Veranstaltung in Kooperation mit Welcome to Europe und dem Bildungswerk Berlin mit ebenfalls fast 60 Personen durchgeführt. Ein weiteres Expertengespräch diente im Wesentlichen der Diskussion um die weitere solidarische Unterstützung der Arbeit auf Lesbos, sowohl im Rahmen des Willkommenszentrums als auch im Kampf gegen das neu errichtete Abschiebungsgefängnis auf Lesbos. Es wurden auch vielfältige Gespräche mit Efi und anderen Beteiligten geführt, in denen Ideen und zum Teil konkrete Projekte für die weitere Zusammenarbeit diskutiert und verabredet wurden.

Ankündigung: Veranstaltung

„Zwischen Abschiebungshaft und freiwilliger Ausreise“ am 13.01.2014 in Kiel

Wir beginnen das Jahr 2014 mit der Tagung „Zwischen Abschiebungshaft und freiwilliger Ausreise“ am 13.01.2014 in Kiel. Die Tagung befasst sich mit den Auswirkungen und der Umsetzung der EU-Rückführungsrichtlinie in verschiedenen Staaten Europas. Denn Europäisches Recht nimmt zunehmend Einfluss auf die nationale Praxis beim Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen. Die Rückführungsrichtlinie ist seit 2008 in Kraft und gilt, soweit sie noch nicht im nationalen

Asylverfahrens- und Aufenthaltsgesetz umgesetzt worden ist, als unmittelbar anwendbares europäisches Recht. So oder so birgt sie damit gleichermaßen Risiken für im Asylverfahren erfolglose und damit ausreisepflichtige Personen und Möglichkeiten für die solidarische Beratungsarbeit. Unter den Vortragenden ist auch ein Vertreter von [borderline-europe](#).

Anmeldungen für die Tagung werden bis zum 06.01.2014 per Email an: Monika.Buttler@landtag.ltsh.de entgegen genommen.
